

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 14. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses

am Dienstag, dem 30.10.2012,

im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 18:00 - 20:53 Uhr

### **Anwesende Ausschussmitglieder:**

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Herr Alfons Buchholz  
Herr Christopher Nübel  
Herr Oliver Persch  
Herr Frank Walter Schmidt

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Herr Klaus Peter Möller  
Herr Thiemo Roth  
Herr Dieter Scholz                      Ausschussvorsitzender

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Klaus-Dieter Grothe  
Herr Martin Klußmann

#### **Stadtverordnete der FW-Fraktion:**

Herr Hans Heller                      Stellv. Ausschussvorsitzender

#### **Außerdem:**

Frau Inge Bietz	SPD-Fraktion
Frau Ika Veronika Bordasch	SPD-Fraktion
Herr Christian Heimbach	SPD-Fraktion
Frau Dr. Ulrike Krautheim	SPD-Fraktion
Herr Rolf Krieger	SPD-Fraktion
Herr Peter Sommer	SPD-Fraktion
Herr Jürgen Becker	CDU-Fraktion
Frau Dorothé Küster	CDU-Fraktion

Herr Martin Schlicksupp	CDU-Fraktion
Frau Christine Wagener	CDU-Fraktion
Frau Christiane Janetzky-Klein	Fraktion B´90/Die Grünen
Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion
Herr Christian Jackelen	Piraten-Fraktion
Herr Christian Oechler	Piraten-Fraktion
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB/BLG

**Vom Magistrat:**

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat

**Von der Verwaltung:**

Frau Julia Thon	Dezernat I
Frau Regina Gerlach	Haupt- und Personalamt
Herr Herbert Römer	Haupt- und Personalamt
Herr Jürgen Bier	Haupt- und Personalamt
Herr Heinz Cebulla	Amt für Informationstechnik
Herr Dirk During	Kämmerei
Herr Thomas Gernandt	Kämmerei
Frau Uta Hinkelbein	Schulverwaltungsamt
Frau Christine Becker	Amt für soz. Angelegenheiten
Herr Jürgen Scheitler	Amt für soz. Angelegenheiten
Herr Holger Philipp	Jugendamt
Frau Gabi Keiner	Jugendamt
Herr Dr. Holger Hölscher	Stadtplanungsamt
Herr Hartmut Klee	Hochbauamt
Herr Peter Ravizza	Tiefbauamt
Herr Thomas Röhmel	Gartenamt
Herr Michael Bassemir	Landesgartenschau 2014 GmbH

**Vom Ausländerbeirat:**

Herr Moustafa Amet
Herr Kemal Deniz

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Herr Dieter Knoth	Schriftführer
-------------------	---------------

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung sowie gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

### Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013; STV/1088/2012  
hier: Information durch den Magistrat

### Abwicklung der Tagesordnung:

1. **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013;** STV/1088/2012  
**hier: Information durch den Magistrat**
- 

Der **Vorsitzende** ruft nacheinander die einzelnen Bereiche des Entwurfs des Haushaltsplans 2013 auf. Von den anwesenden Stadtverordneten werden Fragen gestellt, die von den Mitgliedern des Magistrats und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden.

Nachfolgend sind Fragen und Anforderungen aufgeführt, zu denen eine schriftliche Beantwortung oder Erledigung erfolgen soll sowie Ausführungen, um deren Aufnahme ins Protokoll gebeten wurde.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, fragt zu Seite 4.4, Nummer 202010003 (Fehlbelegungsabgabe): *„Ich ziehe dazu die Aussagen über Haushaltsausgabereste und den Ansatz zu der Position. Aus diesen Informationen geht hervor, dass für das Jahr 2011 470.000 zur Verfügung standen, Haushaltsreste von 2010 und die 250.000, dass aber dann Auszahlungen gewesen sind 284.000 nur. Heißt das, dass die Summe nicht vollständig ausgegeben worden ist? Und dann ist meine Frage: Warum erscheint dann in den Haushaltsausgaberesten für 2011 kein Rest?“*

**Herr During** antwortet: *„Die Spitzabrechnung von dem Jahr 2010 wurde geprüft vom Revisionsamt der Stadt. Und dabei hat sich herausgestellt, dass eben nicht der gesamte Betrag des Haushaltsausgaberestes zur Auskehrung der eingesammelten Fehlbelegungsabgabe benötigt wurde, und deshalb konnte der dann noch zuviel gebildete Rest - in Anführungsstrichen - eingespart werden. Deshalb musste eine geringer Summe ausgezahlt werden.“*

**Stv. Janitzki**: *„Also ein Teil der Mittel der Fehlbelegungsabgabe sind dann dem allgemeinen Haushalt zugeführt worden?“*

**Herr During:** „Nein. Bei der Fehlbelegungsabgabe ist es so, dass das, was eingezahlt wird, auf der anderen Seite auch zu 90 % verwendet werden muss. 10 % sind ja zur Abgeltung des Verwaltungsaufwandes und bleiben bei der Stadt im Ergebnishaushalt. Und die 90 %, die geprüft werden vom Revisionsamt, die werden über den Ausgabetitel wieder ausgezahlt. Und wir wissen bei der Planung noch nicht, wie viel Einzahlungen tatsächlich erfolgen werden. Und deshalb ist die Planung einfach eine Fortschreibung. Das tatsächliche Aufkommen war geringer. Deshalb ist der ursprüngliche Verwendungsansatz zu hoch gewesen und konnte in der Differenz zur tatsächlichen Einzahlung eingespart werden und stand somit nicht dem allgemeinen Haushalt zur Verfügung, sondern wurde einfach nicht benötigt als Auszahlung und muss auch nicht irgendwie gegenfinanziert werden.“

**Stv. Janitzki:** „Ich möchte Sie bitten, das wörtlich zu protokollieren. Vielleicht verstehe ich es dann.“

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, fragt zu Seite 4.7, Nummer 372012001 (Leitfunkstelle): „Ich habe es verglichen mit dem Haushalt 2012. Da gibt es diese Investition nicht. Trotzdem ist jetzt hier ein Ansatz für 2012. Das hat mich schon verwundert. Haben wir das als überplanmäßige Ausgabe bekommen?“

**Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** sagt eine schriftliche Antwort zu.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, fragt zu Seite 4.21, Nummer 662009038 (Fußgängerbrücke): „Wenn ich das vergleiche mit dem Haushaltsansatz vom letzten Haushalt: Ist das gestreckt? Meines Erachtens erhöht sich die ganze Maßnahme um 100.000. Damals war von 1,7 die Rede, jetzt von 1,8. Interpretiere ich das richtig?“

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** sagt eine schriftliche Antwort zu.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, bittet zu Seite 4.92 (Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21) um eine Erklärung für die Steigerung der Personalkosten vom Plan 2012 (65.433 €) zum Plan 2013 (97.934 €).

**Frau Gerlach** antwortet: „Da wird ein Mitarbeiter mit 50 % mit verrechnet ab 2013.“

**Stv. Janitzki:** „Was heißt ‚mit verrechnet‘?“

**Frau Gerlach:** „ ‚Mit verrechnet‘, das heißt, die Personalkosten, die zu einem Teil im Dezernat II anfallen mit 50 %, fallen zu den anderen 50 % jetzt bei dieser Agenda-Stelle an.“

**Stv. Janitzki** bittet um wörtliche Protokollierung.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** ergänzt, es handele sich um einen Mitarbeiter ihres Büros, der zur Hälfte für die Agenda-Gruppen, z.B. für den Bürgerhaushalt und den Fairen Handel, arbeite.

**Frau Gerlach** bestätigt, dass diese halbe Stelle bei dem Produkt „Betreuung Magistrat“ für 2013 weniger berechnet sei.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, fragt, wie hoch das IST 2011 der Aufwendungen für Fremdreinigung sei.

**Herr Gernandt** sagt, die Antwort werde schriftlich erfolgen.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, fragt nach dem IST 2011 für die Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige an den Verein Ehrenamt Gießen e.V..

**Herr During** antwortet, der Kostenträger 05400309 sei erst für das Haushaltsjahr 2012 eingerichtet worden. Die Kämmerei müsse die entsprechenden Zahlen für das IST 2011 heraussuchen.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, sagt zur Seite 4.266, bei einer im Juni 2012 erteilten Antwort auf eine Anfrage seien als ordentliche Aufwendungen für die Planung und Durchführung der Landesgartenschau für den Plan 2013 der gleiche Betrag wie für den Plan 2012 (401,1 T€) angegeben worden. Er fragt, ob die Zahl in der Antwort zur Anfrage richtig sei oder die nun im Haushaltsentwurf für 2013 angegebene Planzahl: 415,4 T€.

**Herr During** sagt eine schriftliche Antwort zu.

- **Stv. Dr. Preiß**, FDP-Fraktion, fragt bezüglich des Stellenplans, ob es Stellen gibt, die seit 2011 durchgängig nicht besetzt waren. Falls dies zutreffe, hätte seine Fraktion gerne die Aufgabenbeschreibung für diese Stellen.

**Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** antwortet, diese Information könne schriftlich gegeben werden.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, beklagt bezüglich des Reinigungsdienstes im Stellenplan Teil D (Seite 11.17 f.), dass die Umstellung der Angabe auf Vollzeitäquivalente (VZÄ) für 2013 den Vergleich zu den Angaben für 2012 verhindere.

**Stv. Dr. Preiß**, FDP-Fraktion, ergänzt, es wäre für die Nachvollziehbarkeit fairer gewesen, wenn auch für das Jahr 2012 zusätzlich die Äquivalente angegeben worden wären.

**Stv. Janitzki** bittet, die Ist-Zahlen 2011 für den Reinigungsdienst, gerechnet nach VZÄ, nachzuliefern.

**Frau Gerlach** sagt dies zu.

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, fragt zu Teil II des Haushaltsplan-Entwurfs, warum von keinem Unternehmen der neueste Jahresabschluss enthalten sei und ob der Magistrat diese Abschlüsse nicht anfordere. Weiterhin kritisiert er, dass die SWG AG ihren Wirtschaftsplan 2013 nicht rechtzeitig zur Haushaltsberatung der Stadt vorgelegt habe.

**Herr During** antwortet, dass die Abschlüsse regelmäßig angefordert werden. Es sei die Praxis der letzten Jahre gewesen, vom Abdruck bzw. dem Beifügen der Jahresabschlüsse abzusehen, da dies den Umfang des Haushaltsplans vervielfachen würde. Bei Gesellschaften mit über 50% städtischer Beteiligung könne auf das Aufnehmen des kompletten Jahresabschlusses verzichtet werden; es genüge, die neueste Geschäftsentwicklung abzudrucken. Weiterhin sei es vom Gesetz her noch nicht beim *Entwurf* des Haushaltsplans notwendig, diese Unterlagen abzudrucken oder beizufügen, sondern erst bei der beschlossenen Fassung. Wie dies im Hinblick auf den Umfang sinnvoller Weise zu handhaben sei, sei noch festzulegen. – Die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse haben seines Erachtens auch nur nachrichtlichen Charakter, da ihre Auswirkungen für den städtischen Haushalt, d.h. die Verlustabdeckungen oder Gewinnausschüttungen, im städtischen Haushaltsplan enthalten sind. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nicht über die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse.

An der Aussprache zu diesem Punkt beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Grothe und Heller sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem herzlichen Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) S c h o l z

**DER SCHRIFTFÜHRER:**

(gez.) K n o t h